



**MARCHIVUM**

MANNHEIMS ARCHIV  
HAUS DER STADTGESCHICHTE  
UND ERINNERUNG



## **MARCHIVUM Druckschriften digital**

### **Mannheimer General-Anzeiger. 1916-1924 1920**

183 (27.4.1920) Abend-Ausgabe

[urn:nbn:de:bsz:mh40-191069](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-191069)



# Mannheimer General-Anzeiger

Badische Neueste Nachrichten

Verlagsgesellschaft: Im Mannheimer n. Umgebungs-Bezirk, einbl. Nr. 1.00 für den Bezugsjahrgang. Einzelhefte 1.00. Postgebühren 1.00. Druck- und Verlagsanstalt: Mannheimer General-Anzeiger, einbl. Nr. 1.00. Druck- und Verlagsanstalt: Mannheimer General-Anzeiger, einbl. Nr. 1.00.

Verlagsgesellschaft: Im Mannheimer n. Umgebungs-Bezirk, einbl. Nr. 1.00 für den Bezugsjahrgang. Einzelhefte 1.00. Postgebühren 1.00. Druck- und Verlagsanstalt: Mannheimer General-Anzeiger, einbl. Nr. 1.00.

## Nach San Remo.

Räumung der Mainfläde. — Verminderung der Truppen im Ruhrgebiet.

Paris, 27. April. (WB.) Der Oberste Rat hat sich gestern mit der Verlängerung des Augustabkommens beschäftigt. Wie der Korrespondent des „Journal“ mitteilt, werden die französischen und belgischen Truppen die Mainfläde verlassen, wenn die deutsche Reichswehr in dem Ruhrgebiet auf 20 Bataillone, 6 Schwadronen und 2 Batterien zurückgeführt sein wird. Bis zum 16. Juni sollen diese Truppen auf die Hälfte herabgesetzt und durch 5000 Mann Polizeitruppen ersetzt werden. Der Rest der Truppen soll am 10. Juli das Ruhrgebiet räumen und ebenfalls durch 5000 Mann Polizeitruppen ersetzt werden.

Paris, 27. April. (Priv.-Tel.) Der Chef der deutschen Friedensdelegation in Paris Herr Göppert hat dem „Temps“ zufolge, gestern der Friedenskonferenz eine Note überreicht, in welcher die deutsche Regierung ankündigt, daß sie die Effektivbestände der neutralen Zone auf 17 000 herabgesetzt habe. Die Note soll ohne Zweifel die sofortige Entscheidung des Obersten Rates zur Folge haben, die Mainfläde zu räumen. Sondern genügt die Verlagerung der deutschen Regierung nicht, wenn es sich um militärische Fragen handelt, die der Friedensvertrag aufzuwerfen hat. Die Kontrollkommission der Alliierten muß erst beschließen, daß die deutschen Truppen terminiert wurden und auch über die Anzahl und Natur der Truppeneinheiten in der neutralen Zone Gemisheit schaffen.

Die deutschen Kohlenlieferungen. — Die gegenwärtige Heeresstärke.

Berlin, 27. April. (Von unserm Berliner Büro.) Die Erklärungen der Entente in San Remo liegen dem auswärtigen Amt noch nicht offiziell vor. Es wird darin Deutschland vorgeworfen, daß wir unseren Kohlenverpflichtungen nicht nachgekommen seien. Wir waren aber bis 4 Monate nach Abschluß des Friedensvertrages überhaupt zu keiner Kohlenlieferung verpflichtet, so daß uns kein Bruch des Friedensvertrages vorgeworfen werden kann. Allerdings haben wir das sogenannte Luxemburger Abkommen von Weihnachten 1918 abgeschlossen. Das geschah aber nur, um Entgegenkommen zu zeigen. An dieses Abkommen waren aber in mehreren Punkten Forderungen von deutscher Seite geknüpft, die von den Franzosen nicht gehalten worden sind. Sie sollten uns z. B. Erze, Braunkohle und Saatkohle liefern. Wir haben monatlich nicht eine Tonne erhalten. Ferner liegt das Versailles-Abkommen vom Juli und August 1919 vor. Auch in dem haben wir uns nicht zu bestimmten Mengen verpflichtet und das Verlangen der Franzosen 6 Millionen Tonnen zu liefern abgelehnt, weil wir dazu nicht in der Lage waren. Jedenfalls liegt ein Bruch des Friedensvertrages auf keinen Fall vor.

Was die gegenwärtige Heeresstärke anbelangt, so erfahren wir, daß die Reichswehr am 5. Februar 252 000 Mann zählte. Im Monat März konnte wegen der Unruhen die Zahl nicht vollständig ermittelt werden, aber die Kopfstärke ist andauernd gesunken und ist für Anfang April auf 200 000 Mann geschätzt worden, eine Zahl also, die erst am 15. Mai erreicht werden soll. In diesen Ziffern sind die Freikorps nicht eingeschlossen.

Paris, 27. April. (WB.) Die gemeinsame Erklärung der Alliierten an Deutschland wird in der Pariser Presse als ein persönliches Geleit des Ministerpräsidenten Millerand hingestellt. Nach dem „Matin“ bedeutet die Erklärung die vollkommene Wiltigung der französischen Forderungen und den Beginn einer neuen Weltordnung, aber diese neue Weltordnung könne nur insofern praktisch werden, als Frankreich durch sie Genugtuung erlange. Der Sonderberichterstatter des „Matin“ glaubt auch feststellen zu können, daß zwischen der Sprache, die Lloyd George vor den amerikanischen Journalisten und der, die er gestern gehalten hat, ein sensationeller Kontrast bestehe. — Das „Echo de Paris“ sagt: Marshall Foch und Marshall Wilson hätten schon alle notwendigen Pläne aufgestellt für eine eventuelle Beilegung des Ruhrgebietes. Diese sei für den Fall vorgesehen, daß die in der Erklärung ausgesprochene Drohung notwendig werde. Nach dem „Matin“ bedeutete die Erklärung einen großen Sieg Millerands und der französischen Politik. Von gewisser Seite habe man gefürchtet, der Vertrag müsse in dem Maße gemildert werden, daß Deutschland in anerkannter Form, gegen diese unheilvolle Tendenz habe der französische Ministerpräsident mutig reagiert.

Im „Journal“ sagt St. Pierre ebenfalls, Millerand habe durch die einmütige Bestätigung seiner Bemühungen einen unangetasteten Erfolg erzielt. Um dessen Bedeutung zu veranschaulichen, kann man sich daran erinnern, welches die Dispositionen Lloyd Georges und Foch gewesen seien, als sie in San Remo angekommen seien. Man wolle auch ferner die erstandenen Forderungen der Deutschen auf eine Unmöglichkeit der Alliierten in Betracht ziehen. Man werde in Berlin merken, daß die unglückliche ausgebeutete Geduld der Franzosen habe. Das werde eine große Enttäuschung sein. Welche die Verantwortlichkeit genügen? Der Sonderberichterstatter des „Journal“ in San Remo stellt fest, daß es Millerand war, auf dessen Veranlassung in der Erklärung gesagt wird, daß die Alliierten nicht die Absicht hätten, Deutschland eine allzu engherzige Interpretation des Friedensvertrages aufzuzwingen.

## Die Ueberwachung des Kaisers.

Amsterdam, 27. April. (WB.) Das von der niederländischen Regierung veröffentlichte Orange-Buch enthält außer dem bereits veröffentlichten Notenzettel über die Entlassung des ehemaligen deutschen Kaisers und des Kronprinzen in Holland noch drei bisher nicht bekannt gewordene Dokumente, und zwar einen Brief des französischen Gesandten in Haag vom 28. Juni 1919, die Antwort des niederländischen Ministers van Neuhoven, van Karnebeek, vom 7. Juli 1919 und endlich einen von Lloyd George unterzeichneten Brief vom 24. März 1920. Zu letzterem bemerkt das Orange-Buch: Die niederländische Regierung hat mit Rücksicht auf die Note vom 2. März 1920, in der der Standpunkt auseinandergesetzt wurde, geantwortet, auf dieses Schreiben nicht zurückkommen zu sollen. Die niederländische Regierung vertritt nicht in dem Orange-Buch noch eine Anzahl Dokumente, welche die Zeit vom Juli 1919 bis April 1920 umfassen und in denen die Anwesenheit Kaiser Wilhelms in Holland und die Ueberwachung von in holländischen Fällen internierten deutschen Schiffen an die englische Regierung, Wiedergutmachung von

Schäden, die durch Kriegshandlungen verursacht worden sind, Auslieferung von Kriegsmaterial, Notenwechsel über den vormaligen Kaiser, die Solingen-Angelegenheit, Kredite an mehrere fremde Mächte, die Frage der Kohlenlieferungen an Holland, die Rheinschiffahrt, die wirtschaftlichen Verhandlungen Hollands mit fremden Mächten. Die Verhandlungen mit Belgien über den Vertrag von 1839 werden demnächst veröffentlicht werden.

Amsterdam, 27. April. Das im Orange-Buch veröffentlichte Schreiben des französischen Gesandten in Haag vom 28. Juni 1919, durch das die Note der alliierten und assoziierten Regierungen übermittelte und von Clemenceau unterzeichnet ist, besagt u. a., die alliierten und assoziierten Mächte seien sehr beunruhigt durch die Verträge, die in der letzten Zeit wiederholt über die Möglichkeit verbreitet worden, daß der Erde der deutschen Krone, der ein Offizier hohen Ranges des Feldmarschalls sei, unter Verletzung der Neutralitätsgesetze des neutralen Landes, in dem er interniert sei, entzogen werden könnte. Diese Mächte zuzustimmen, würde ein internationales Verbrechen sein, welches denen, die durch ihre Neutralität und Mithilfe dazu beitragen, nicht vergeben werden könnte.

Am Schluß des Schreibens wird mitgeteilt, daß die Alliierten, falls die holländische Regierung sich der Aufgabe der sofortigen Ueberwachung des Kaisers nicht gewachsen fühle, bereit seien, die Aufgabe zu übernehmen.

Die Antwort des Ministers van Neuhoven, van Karnebeek, besagt: Diese Mittelklasse, die ihrem Vorlaute nach lediglich auf Gerüchten fuße, enthält eine Mahnung an eine neue, bevorstehende Regierung, welche die nicht-erfindliche heimlich überhand habe. Diese sei ihren internationalen Verpflichtungen bewußt; sie sei sich auch dessen bewußt, daß sie nicht ermannt habe, ihnen nachzutun. Im Hinblick auf die Möglichkeit, worauf die Note Bezug nehme, müßte sie sich die freie Ausübung ihrer Souveränität vorbehalten, sowohl der Rechte, die ihr zustehen, als auch der Pflichten, die ihr obliegen.

Des im Orange-Buch veröffentlichte Schreiben Lord Georges, des der niederländischen Regierung am 30. März 1920 zugehört wurde, betont, daß keine der Maßnahmen, wie angedeutet wurde, geübt seien und wie erhellte sie auch auszuführen würden, die sehr ernste Gefahr des einen Mannes, die so lange fortbestehen müßte, als der vormalige Kaiser 40 Km. von der deutschen Grenze entfernt belassen werde, wo er den Mittelpunkt für eine reaktionäre Propaganda herstellen könne und wo er ein beständiges Verbreitungszentrum des europäischen Friedens bilde. Die alliierten Regierungen seien nicht imstande, irgendwelche Verantwortung für diesen Entschluß zu übernehmen. Diese Verantwortung bliebe der niederländischen Regierung, bis es abgemacht habe, Vorstellungen anzunehmen, die von den Mächten mehr als einmal ernsthaft und einmütig an sie gerichtet wurden. Sollte die sofortige Anwesenheit des vormaligen Kaisers oder seiner Familie in dem ihnen auf holländischem Gebiete nunmehr anvertrauten Aufenthalt in Zukunft irgend eines der beschriebenen Ereignisse zuzulassen, so könnte die niederländische Regierung ihre ausschließliche Verantwortung sowohl für das Ereignis, wie für seine Folgen nicht entziehen, welche Verantwortung sie auf sich zu nehmen beschloßen habe.

## Aus dem besetzten Gebiet.

Die Forderung der Rheinischen Volksvereinigung.

Köln, 27. April. (Priv.-Tel.) Der Reichsausschuß der Zentrumspartei hat die Forderung der Rheinischen Volksvereinigung auf Schaffung einer vom Volke gewählten Vertretung mit allen parlamentarischen Rechten bei der hohen Kommission in Koblenz in doppeltem Sinne als Verletzung der bestehenden Verfassung gewertet. Gegen diese Wertung legt der Vorstand der Rheinischen Volksvereinigung nachdrücklich Protest ein. Nach eingehender Begründung dieses Protestes heißt es am Schluß:

Artikel 17 der Reichsverfassung verlangt für die Länder Parität, hervorgegangen aus gleicher, geheimer und proportionaler Wahl des Volkes. Die Länder sind Bezirke mit besonderer Verwaltung und eigenen Rechten. Das besetzte Gebiet ist tatsächlich ein solcher Bezirk. Die hohe Kommission hat ein durch den Friedensvertrag anerkanntes Landesgesetzgebungsrecht. Sie hat das Recht, deutsche Gesetze für die besetzten Gebiete zu erlassen. Die Rheinischen Volksvereinigungen sollen an der eigenartigen Verwaltung ihres Gebietes Anteil nehmen. Sie sollen Stellung nehmen können zu den zu treffenden Maßnahmen. Das entspricht der deutschen Verfassung und dem deutschen Rechtsverständnis. Deutschland kann nicht das Odium auf sich laden, den Rheinländern das Recht aller anderen deutschen Gebiete zu verweigern. Die Forderung der Rheinischen Volksvereinigung ist also durch die Verfassung begründet und der Vorwurf des Verfassungsbruches ist nicht begründet.

## Die Bergewaldigung Oberschlesiens.

Die Forderungen der Polen in Oberschlesien.

Beuthen i. O., 27. April. (WB.) Zu den gestrigen polnischen Protestversammlungen in Oberschlesien ist noch nachzutragen: Weitere wichtige Forderungen waren: Alle Beamten müssen der internationalen Kommission das Treuegelöbnis leisten. Die Landräte und die Bürgermeister der selbständigen Stadtkreise sind sofort ihrer Ämter zu entheben und durch Beamte der internationalen Behörde zu ersetzen. Schenkung sollen in Oberschlesien eine Volkszählung stattfinden. Alle unruhigen, aus Deutschland gekommenen Elemente sind zu entfernen. Die polnische Sprache ist als Pflichtfach an allen Schulen und als Lehrsprache in den Unterricht einzuführen. Die Grenze gegen Deutschland ist zu schließen. Das Amtsblatt der Katowitzer Eisenbahndirektion soll in polnischer und deutscher Sprache erscheinen. Für Oberschlesien ist ein besonderer Oberbergamt zu errichten. Ferner wurde beschlossen, eine Delegation an die internationalisierte Kommission zur Ueberreichung der angenommenen Entscheidung zu entsenden und einen Termin zu ihrer Erfüllung zu stellen. Zur den Fall der Nichterfüllung der Forderungen soll der Generalkonferenz der Industriearbeiter und der Landwirte angekündigt werden.

## Die Ubrastfrage.

Eine Blockade Flumes.

Malland, 27. April. (WB.) Nach einem Telegramm aus Triest hat sich in der Nacht vom 19. zum 20. April zwischen General Cavaglia und Annunzio ein neuer Zwischenfall ereignet. Einige Legationäre von Fiume nahmen 46 Pferde weg, die reguläre Truppen des Generals Cavaglia gehörten, die die Demarkationslinie besetzt halten. Der General forderte die Zurückerstattung der Pferde. Da der Auffor-

derung nicht nachgegeben wurde, ordnete General Cavaglia auf sämtlichen Eisenbahnen die Unterbrechung an, so daß nunmehr Fiume zu Wasser und zu Lande blockiert ist.

## Die neuen Putschabsichten.

Berlin, 27. April. (Von uns. Berl. Büro.) Zu der Veröffentlichung der „Deutschen Zeitung“ über den kommunistischen Geheimplan erfahren wir noch, daß dieser Kampfplan dem Staatskommissar für öffentliche Ordnung erst zugeht, nachdem er in der „Deutschen Zeitung“ veröffentlicht worden war. Er muß auf dem Wege von Mitteldeutschland bis zum Staatskommissar durch einen Vertrauensbruch an die „Deutsche Zeitung“ gelangt sein. Der Staatskommissar hält diesen Plan für die Aufzeichnung irgend eines versprochenen Geheimnisses. Selbstverständlich wird den Vorgesetzten und etwaigen Geheimplänen die größte Aufmerksamkeit zuzuwenden. Man ist jedoch überzeugt, daß die getroffenen Maßnahmen hinreichen, um den angesammelten Zündstoff nicht zur Explosion bringen zu lassen.

m. Elberfeld, 27. April. (Priv.-Tel.) Seit einigen Tagen sind lästige Elemente, die von der Arbeiterschaft abgelehnt werden, an der Arbeit, einen Putsch zu inszenieren und die öffentliche Gewalt an sich zu reißen. Die Stadtverwaltung hat Abwehrmaßnahmen getroffen.

## Das Lob der bayrischen Zeitsfreiwilligen.

München, 27. April. (Priv.-Tel.) An die aus dem Ruhrgebiet zurückgekehrten Zeitsfreiwilligenformationen hat der Oberbefehlshaber der bayrischen Reichswehr General Mecht folgenden Tagesbefehl gerichtet: Die Zeitsfreiwilligenverbände kehren in diesen Tagen aus dem Ruhrgebiet und aus Belgien zurück. Sie haben es der Führung in schwerer Zeit möglich gemacht trotz der unzureichenden Stärke der Reichswehrruppen die nötige militärische Macht zu entfalten. In vaterländischer Begeisterung leisteten sie dem in der Not organisierten Rufe Folge. Familienleben, Beruf, Erlösungserwartung haben sie unbedenklich im Stich gelassen, ohne Jagen waren sie bereit, die Wehrpflicht nach langen Kriegsjahren, wieder Leben und Gesundheit für Deutschland zu opfern. Wo es zu Kämpfen kam, haben sie sich glänzend geschlagen. Noch schwerer war es, Gehorham und Manneszucht zu halten, wo politische Einflüsse verhängten, das zu tun, was vom militärischen Standpunkt als zweckmäßig erschien. Auch in dieser schwersten Probe haben sich die Zeitsfreiwilligen als gute Soldaten bewährt. Ich spreche den Zeitsfreiwilligen meinen herzlichsten Dank aus. Der Feind zerstört uns jetzt die Zeitsfreiwilligenorganisation, sie wird ohne Einschüchterung abgefaßt. Als vaterländisch gesinnte Männer bleiben aber die Zeitsfreiwilligen bestehen und Neue werden heranwachsen. Niemand kann und wird sie hindern zu kommen, wenn das Vaterland sie ruft.

## Das Befoldungsgesetz im Unterausschuß.

(Schluß.)

Für die Besserstellung unserer Pensionäre und Hinterbliebenen und für die Beamten der Länder, der Kommunen und sonstigen öffentlich-rechtlichen Körperschaften fanden noch folgende zwei wichtige Entschlüsse und Anträge Beuermann-Dr. Wolf die Annahme des Unterausschusses:

- Der Unterausschuß wolle beschließen, folgende Entschlüsse anzunehmen:
  - die Reichsregierung zu ersuchen:
    - soweit nicht die Länder und Kommunen und sonstigen öffentlich-rechtlichen Körperschaften aus eigenem Entschlusse die Gehälter ihrer Beamten diesen Reichsbeschlüssen anzupassen, ihrerseits die Besserstellung der Beamten einzutragen und nötigenfalls mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln zu betreiben;
    - den Beamten aus den besetzten Gebieten, welche wohnortsfremd sind oder unvaterländische Wohnorte haben, durch entsprechende Ansetzung an die Länder und Kommunen Wohnort zu beschaffen oder durch besondere Ansetzungen die Befreiung von Wohnort zu ermöglichen. Auch für eine entsprechende Erhöhung der Steuerbefreiungen wäre in den Fällen zu sorgen, wo Wohnort und Befreiungsberechtigung dieser Beamten noch im besetzten Gebiet zu finden sind;
    - da die höchst betrübliche Neuordnung der Anwartschaften und Hinterbliebenenbeiträge nach der Durchführung der Revision (Begründung zum Entwurf einer Befoldungsordnung Seite 2 nicht, in diesem Beamtenbefoldungsgesetz enthalten kann, so ist die Unvollständigkeit der Revision unserer Aufsichtsbekanntmachungen und Beamtenhinterbliebenen sofort mit sofort zu ändern:
      - es sind von Rentländern und Hinterbliebenen vom 1. April ab rückwirkend bis zur der in Aussicht stehenden nächsten Pensionsaufhebung zu geben, die wenigstens 50 Prozent ihrer bisherigen Beiträge ausmachen;
      - die bisherigen nachrückenden Kürzungen der Pensionsbeiträge sind sofort fallen zu lassen, als nicht mehr als große Einnahmen und Kapitalien der Pensionsberechtigten vorhanden sind.
  - Entwurf. Der Unterausschuß wolle beschließen:
    - die Reichsregierung zu ersuchen:
      - auf die Länder einzuräumen, daß sie Bestimmungen erlassen, wonach die Beiträge der hauptamtlich angestellten Kommunalbeamten und der ihnen gleich zu achten hauptamtlich angestellten durch Ortsbeamten zu ersetzen sind. Die Beiträge müssen angemessen sein. Das ist insbesondere dann der Fall, wenn sie den Grundätzen des Reichsbefoldungsgesetzes und den Säulen der dazu gehörigen Befoldungsordnung entsprechen;
      - den Vorschlag zu prüfen, ob diesen Forderungen entsprochen ist und, falls das nicht in allen Ländern der Fall sein soll, den Reichsregierung eine Vorlage zu unterbreiten, welche gemäß Artikel 10 Nummer 2 der Reichsverfassung die Durchführung der unter 1 aufgestellten Grundätze rechtlich sichert.

Die Befoldungsordnung unterliegt nun der Behandlung des Hauptausschusses der Nationalversammlung, von dem sie die endgültige Fassung erhalten soll, in der man sie in der Mitte der nächsten Woche zu verabschieden hofft. In diesen Verhandlungen zeichnete zunächst Herr Reichsfinanzminister ein recht trübes Bild unserer Reichsfinanzen und teilte mit, daß gleichzeitig mit dem Reichsbeamtenverbänden Verhandlungen schwebten über Erhöhungen der Lohnsätze, die das Reich mit mehr als 2½ Milliarden Mark belasten würden. Wir nehmen an, daß danach die Befoldungsvorlage und die Lohnsatzserhöhungen gemeinsam behandelt und vom



Haufe verabschiedet werden sollten. Aber man hat die Beamten wieder juristisch gestellt, denn die Verhandlung über die Genehmigung der Tarifserhöhungen der Arbeiter an die Arbeiterkammer ist am Donnerstag sowohl im Ausschuss als in der Nationalversammlung vorweg erfolgt, weil die Verlehrsarbeiter bei weiterem Hinauszögern der Zahlung mit sofortigem Streik drohten. Unsere Parteivertreter erhoben schon im Ausschuss entschiedenen Einspruch gegen die Vornahme dieser Arbeiterforderungen, weil sie eine Gefährdung der Besatzungsmittel darstellten. Unsere Parteivertreter erhoben schon im Ausschuss entschiedenen Einspruch gegen die Vornahme dieser Arbeiterforderungen, weil sie eine Gefährdung der Besatzungsmittel darstellten. Unsere Parteivertreter erhoben schon im Ausschuss entschiedenen Einspruch gegen die Vornahme dieser Arbeiterforderungen, weil sie eine Gefährdung der Besatzungsmittel darstellten.

Die Deutsche Volkspartei erkennt ausdrücklich an, daß bei dem freien Steigen aller Lebensbedürfnisse eine Erhöhung der Lohnsätze der Reichsbediensteten notwendig ist. Wir hoffen daher im Einvernehmen mit den übrigen Parteien des Hauses und mit dem Reichsfinanzminister baldigst das rechte Maß des Entgegenkommens gegen die Forderungen der Arbeiter hier vorweg genommen, und zu fördern, daß dadurch eine Verhinderung oder gar eine Gefährdung der Besatzungsmittel der Beamten vermieden werden kann, auf deren Gehalt die Beamten, die in der gleichen Rolle sind wie die Arbeiter, schon weit länger warten als die Arbeiter auf ihre Bezüge. Zudem soll die Vorrage in einer Überhöhung erledigt werden, welche bei der sonst schon gewohnten eiligen Arbeitsart des Hauses unsere Erziehung das erträgliche Maß übersteigt. Man denkt von den Verbänden der Verlehrsarbeiter mit Generalstreik, wenn diese Forderungen nicht sofort erfolgen, und verfährt auf diesem Wege einen Druck auszuüben, der an Nötigung grenzt. Wir wollen endlich halt gemacht sehen mit diesem gefährlichen Drohmittel und sind aus diesem Grunde in dieser Stunde — ich betone das — in dieser Stunde — ausdrücklich — nicht in der Lage, dieser Vorlage zuzustimmen.

Hoffentlich erreichen nur noch wenige Tage, bis auch die Beamten des Reiches, deren Besoldungsordnung ja das Muster sein soll für die Beamtenbesoldungen der Länder und Kommunen, die Sicherung ihrer erhöhten Gehaltsbezüge haben werden. Es wird aber wohl noch entschiedener Kämpfe bedürfen, daß diese Gehälter den geltenden erhöhten Lohnsätzen der Arbeiter angepaßt werden. Unsere Partei sieht es wohl als ihre Aufgabe an, die Beamtenbesoldung so zu gestalten, daß die Übernahme von Arbeitern in den Beamtenkörper stets einen Aufstieg für die Arbeiter bedeutet. Nur dadurch wird es auf die Dauer möglich sein, ein wirtschaftlich und moralisch gesundes Beamtenium zu gewinnen und zu erhalten.

### Reichseinkommensteuer und zukünftige Steuern in Baden.

Mit dem 1. April 1920 ist das Reichseinkommensteuergesetz vom 29. März 1920 in Kraft getreten. Hiernach wird von dem eine bestimmte Freiquote übersteigenden Einkommen der natürlichen Personen ein in die Höhe des Reichs stehendes Einkommensteuer in Höhe von 10 v. H. bis 60 v. H. des steuerpflichtigen Einkommens je nach dessen Höhe erhoben. Wechselt man mit dem Einkommensteuergesetz ist das Abwehrverhältnis vom 30. März 1920 in Kraft getreten, welches das Einkommen

1. der juristischen Person des öffentlichen und des bürgerlichen Rechts sowie der Vermögensgegenstände;
2. nichtrechtsfähiger Vereinigungen, Anstalten, Stiftungen und anderer Zweckvermögen zugunsten der Reichsstaatskasse bestimmt.

Das Kapitalertragssteuergesetz vom 29. März 1920 bestimmt vom 1. April 1920 an die Erträge aus Kapitalvermögen mit 10 v. H. des Kapitalertrags. Mit dem Inkrafttreten dieses Reichsgesetzes ist nach dem jeweils erhaltenen sogenannten Landessteuervertrag das Besteuerungsrecht der Länder und Gemeinden bezüglich des Einkommens und des Kapitalvermögens weggefallen. Die Länder und Gemeinden dürfen also Steuern und Umlagen vom Einkommen und Kapitalvermögen nach Maßgabe des letztbisherigen Vertragsverhältnisses nur noch für das 1. Vierteljahr 1920 erheben. Die Erhebung der für die Zeit bis zum 31. März 1920 fälligen und nach rückwärts Steuern und Umlagen wird durch den Uebertrag der Steuerhöhen auf dem Gebiet der Einkommens- und Vermögensbesteuerung an das Reich nicht berührt. Zur abschließenden Verwirklichung wesentlicher Änderungen in der Höhe des Einkommens und Vermögens, die spätestens am 1. April 1922 eingetretten sind, nunmehr des Landes und der Gemeinden oder auch der Steuerpflichtigen wird ein Gesetzesentwurf dem badischen Landtag demnächst zugehen. Der Entwurf sieht hierüber folgendes vor:

Erhöht oder mindert sich nach dem Stand der Verhältnisse am 1. April 1920 das steuerbare Einkommen — nach den Unterlagen

### Dreihundert Jahre Tabakrauchens.

Von Franz Kellen.  
Noch nie haben die Raucher eine so trübselige Zeit erlebt, wie jetzt, und doch hätten sie gerade in diesem Jahre Anlaß, ein dreihundertjähriges Jubiläum zu begehen. Es war nämlich im Jahre 1620, während des Dreißigjährigen Krieges, wo man englische Hüfttruppen, die Graf Ulrich dem König Friedrich von Schweden zur Hilfe, bei ihrem Marsch durch Sachsen nach Prag zuerst rauchen sah. Diese seltsame Sitte, die in Deutschland etwas später wurde, verbreitete sich auffallend schnell. Englische und holländische Hüfttruppen, die gegen Spanien nach der Rheinpfalz geschickt wurden, brachten den Gebrauch des Tabaks an den Rhein und den Main, und Freund und Feind ergriffen sich ihm mit gleicher Begeisterung. Im schwedischen Heere fand er nicht minder schnellen Eingang als bei den Engländern und Soldaten Wallensteins. So, die spanischen Soldaten waren dem Rauchen und Rauchen des Tabaks in sehr geringem Maße geneigt. Englische und holländische Hüfttruppen, die gegen Spanien nach der Rheinpfalz geschickt wurden, brachten den Gebrauch des Tabaks an den Rhein und den Main, und Freund und Feind ergriffen sich ihm mit gleicher Begeisterung. Im schwedischen Heere fand er nicht minder schnellen Eingang als bei den Engländern und Soldaten Wallensteins. So, die spanischen Soldaten waren dem Rauchen und Rauchen des Tabaks in sehr geringem Maße geneigt.

Die Tabakpflanze, die 1500 von dem französischen Gesandten Jean Nicot in Afrika eingeführt worden war, wurde anfänglich in Europa nur als Heilpflanze benutzt. Europäische Ärzte hatten bei den Indianern das Tabakrauchen kennen gelernt, und es waren denn auch englische, von einer verunglückten Gründung in Virginia zurückgekehrte Auswanderer, die zuerst 1605 in Virginia rauchten. In England wie auch in anderen Ländern glaubten die Behörden anfänglich, daß das Tabakrauchen verbotlich zu machen, König Jakob I. von England hielt es nicht unter seiner Würde, 1603 eine lateinische Abhandlung gegen das Rauchen unter dem Titel „Miscopanus“ (Das Raucher) zu schreiben, um zu beweisen, daß das Tabakrauchen ein Bild der Hölle darstelle und zur Hölle führe. Diese Warnung war aber vergeblich, so daß Lord Bacon in seiner „Historia vitae et mortis“ (Geschichte des Lebens und des Todes, London 1623) sagt: „In unserer Zeit kommt der Gebrauch des Tabaks eine ungeheure Verbreitung; er gewährt ein gewisses geistiges Vergnügen, so daß wir einmal daran gewöhnt ist, sich schwerer seiner wieder enthalten.“ König Karl I. in England behielt den Tabak zur Verhinderung seiner Finanzen zu benutzen und ließ Erlaubnisbriefe für den Verkauf von Tabak zu beiden Seiten erlassen; dann machte er ihn zum Monopol. Dieses wurde aber 1642 vom Parlament aufgehoben. Drei Jahre darauf wurde der Handel von Tabak in England verboten, und zwar zugunsten der amerikanischen Kolonien.  
In Deutschland machte der Tabak dieselben Erfolge durch. Zuerst wurde das Rauchen von den Behörden als gesundheitlich und als gesundheitsgefährlich verboten. Als man aber sah,

daß man damit nichts erreichte, weil die „tabakführenden Unterthanen“ sich den Tabak, den sie im Lande nicht mehr erhalten konnten, heimlich aus dem Ausland verschafften, suchte man den Tabak wenigstens zu Steuerzwecken auszunutzen, indem man Patente erließ, denen es allein gestattet sein sollte, Tabak einzuführen. Dann suchte man den Tabakbau im eigenen Lande zu fördern, so z. B. in Württemberg, wo der Tabakbau durch die 1698 erlassene Verordnungen gefördert worden war. Das Monopol der Tabakverarbeitung wurde ein halbes Jahrhundert lang in anderen deutschen Ländern von monardie Verträge mit dem Tabakmonopol gemacht, aber in neuerer Zeit gab man Rauchen und Handel frei. Nachdem der Tabak lange Zeit nur wenig besteuert war, hat infolge der durch den Weltkrieg entstandenen Finanznot das Reich sich gezwungen gesehen, Tabak und Raucherwaren in einer Weise zu besteuern, wie man es früher für ganz unbenutzbar gehalten hätte. Infolgedessen werden jetzt jährlich nicht bloß Millionen, sondern Milliarden in die Kasse verpackt. Leider haben die Raucher neben viel Ärger nur einen sehr mäßigen Genuss davon, da alle Raucher heute fast unglücklich teuer und meist schlecht sind. Den Raucher haben nur die Tabakhändler und -Schreiber, die Tabak-, Zigaretten- und Zigarrenfabriken. Den Schaden aber hat trotz der tiefen Einnahmen der Staat, denn nichts fördert mehr die Unzufriedenheit mit den bestehenden Verhältnissen, als die fürchterliche Katastrophe, in der sich die „tabakführenden Unterthanen“ befinden.

Ein Ortsausschuß des Theaterkulturbundes hat sich in Weinheim gebildet und es sich zur Aufgabe gemacht, durch Vermittlung von Gespielern benachteiligte Bühnen hierüber gute Aufstellungen zu bemerken. Zunächst sind für den nächsten Monat drei Gespieler des Heidelberger Stadttheaters auf der hiesigen Feingewerbeausstellung in Aussicht genommen.

### Wissenschaft.

Der Mannheimer Geschichtsblätter. Die sechsten erschienenen Doppelnummer 34 der Mannheimer Geschichtsblätter zeichnet sich in vieler Hinsicht aus. Aus den Mitteilungen des Altvereinvereins ist zu entnehmen, daß sich die Mitgliederzahl durch erfreulichen Zuwachs wieder auf rund 500 gesteigert hat. Es wäre zu wünschen, daß der Mitgliederstand durch Neubildung sich noch in dem Jahre die Zahl von 1000 erreicht. Das neue Heft der Geschichtsblätter enthält folgende Beiträge: einen lokalhistorischen, geschichtlich interessanten Aufsatz von Stadtschreiber Kurt Gattermann in Freiburg über das Schlossmannsche Haus am Markt, einen von Archivar Franz Hauser über die Geschichte der hiesigen, bisher ungenutzten, Kirche über die Forderung Speyers 1688, eine von Prof. Dr. Walter mitgeteilte Charakteristik der Kurfürstlichen Bibliothek in Speyer, die ihr Beibehalter Dr. Paul verfaßt hat, und einen Aufsatz von Landgerichtsrat Dr. Puffschmidt über die Geschichte des Landes in der Gegend von Speyer, den er in der ersten Nummer der Zeitschrift „Speyer“ veröffentlicht hat. Seine Aufsätze sind in der Zeitschrift „Speyer“ veröffentlicht worden, doch sind die Aufsätze in der Zeitschrift „Speyer“ veröffentlicht worden, doch sind die Aufsätze in der Zeitschrift „Speyer“ veröffentlicht worden.

### Badische Kunstnachrichten.

Ein Ortsausschuß des Theaterkulturbundes hat sich in Weinheim gebildet und es sich zur Aufgabe gemacht, durch Vermittlung von Gespielern benachteiligte Bühnen hierüber gute Aufstellungen zu bemerken. Zunächst sind für den nächsten Monat drei Gespieler des Heidelberger Stadttheaters auf der hiesigen Feingewerbeausstellung in Aussicht genommen.

### Nationalversammlung.

Krieger gegen den Reichsfinanzminister.  
Berlin, den 27. April.  
(Von unserem Berliner Büro.)  
Die Sitzung beginnt heute mit einer langen Reihe von Anfragen. Von Interesse ist vielleicht nur die eine, auf die Herr Dr. Blund antwortet. Die Sozialdemokraten haben sich damit erkundigt, wie es mit der Auslieferungsmöglichkeit des Generaldirektors Rapp steht. Der Reichsjustizminister

### Aus der Angekolltenbewegung.

Die Fachgruppe der Angestellten im Baugewerbe des Deutschen Handlungsgewerksverbandes teilt uns mit: Zwischen dem Deutschen Arbeitgeberbund für das Baugewerbe und den in Frage kommenden Angestelltenvereinigungen ist eine Vereinbarung abgeschlossen worden, durch die der bislang in Kraft befindliche Reichsarbeitsvertrag für technische Angestellte bis zum 30. Juni 1920 verlängert wird. Der genannte Arbeitgeberverband weist seine Unterstellungen ferner an, dort, wo Orts- oder Bezirksarbeitsverträge für kaufmännische und technische Angestellte bestehen, sofort, spätestens aber bis zum 27. April 1920, in Verhandlungen zwecks Erneuerung einer neuen Tarifvertragsgrundlage für die Monate April, Mai und Juni einzutreten. Die Verhandlungen müssen bis spätestens zum 15. Mai ihren Abschluß gefunden haben.

### Aus dem Mannheimer Kunstleben.

Die neue Geschichte der Universität Heidelberg, der ältesten Hochschule in Deutschland (1386 gegründet), will die Heidelberger Akademie der Wissenschaften herausgeben. Es soll ein umfangreiches, mehrbändiges Werk geben, dessen Vorbereitung Dr. Gerhard Ritter übertragen wurde. Das letztere größere Werk über die Ritters-Geschichte — von Hayn 1892 herausgegeben — ist längst veraltet.

### Kleine Mitteilungen.

Unsere Reichsregierung. Zu der Frage, wie die von der Regierung eingesetzte Kommission zur Reform unserer Rechtsprechung ihre Aufgabe erfüllen möchte, macht der verdienstvolle Sachverständiger Friedrich Ruge in Freiburg in der neuen Nummer des „Rechtswissenschaftlichen“ (Herausgeber Dr. Ernst Heiborn, Berlin) Nr. 10, Berlin) sehr bemerkenswerte Ausführungen. Er ist grundsätzlich Anhänger einer Reform. Die Wichtigkeit von dieser, die die Durchführung zu verzögern, wäre keine Ehrentat vor der deutschen Bevölkerung, sondern eine Verneinung der berechtigten Forderungen der Gegenwart. Der Wandel an der Rechtsprechung ist ein wesentlicher Bestandteil der deutschen Rechtsprechung; sei bei unserer Rechtsprechung nicht zu erkennen. Ruge bedauert, daß wir nicht schon seit langem ein deutsches Sprachamt für das Reich hätten. Denn wäre leicht Klarheit geschaffen und der Freirechtler Untersuchungen ohne Verantwortung wäre nicht so aber auf uns einwirkend wie in den letzten Monaten. Die Frucht, daß eine neue Rechtsprechung und gewaltsam der Brauchweise trennen würde, liegt er nicht. Insbesondere weist er auf unsere Richter hin, die sich in einer Ordnung nicht abfinden werden, die durchaus abweichend von derjenigen, die sie selbst einst liebten. Eine phantastische Rechtsprechung mit ihrer unvollständigen Natur ist nicht nur ein Nachteil, sondern ein Hindernis für die Entwicklung der deutschen Rechtsprechung in Deutschland hin und her, daß die Rechtsprechung einen Ausweg finden kann den verschiedenen Forderungen unserer Gesellschaft zu entsprechen und zugleich ein Ausblick der Gegenwart mit der Verantwortung sein muß. Die Schrift kann immer nur ein Andeutung der Ausdehnung sein, die wir seine lebendige Einheitsrede, sondern in Deutschland ist die Ausdehnungsmöglichkeit. Eine historische Schrift, die es unrichtig macht, die Schrift der Gegenwart. Insbesondere ist es notwendig, die Schrift der Gegenwart. Insbesondere ist es notwendig, die Schrift der Gegenwart.

### Wissenschaft.

Die sechsten erschienenen Doppelnummer 34 der Mannheimer Geschichtsblätter zeichnet sich in vieler Hinsicht aus. Aus den Mitteilungen des Altvereinvereins ist zu entnehmen, daß sich die Mitgliederzahl durch erfreulichen Zuwachs wieder auf rund 500 gesteigert hat. Es wäre zu wünschen, daß der Mitgliederstand durch Neubildung sich noch in dem Jahre die Zahl von 1000 erreicht. Das neue Heft der Geschichtsblätter enthält folgende Beiträge: einen lokalhistorischen, geschichtlich interessanten Aufsatz von Stadtschreiber Kurt Gattermann in Freiburg über das Schlossmannsche Haus am Markt, einen von Archivar Franz Hauser über die Geschichte der hiesigen, bisher ungenutzten, Kirche über die Forderung Speyers 1688, eine von Prof. Dr. Walter mitgeteilte Charakteristik der Kurfürstlichen Bibliothek in Speyer, die ihr Beibehalter Dr. Paul verfaßt hat, und einen Aufsatz von Landgerichtsrat Dr. Puffschmidt über die Geschichte des Landes in der Gegend von Speyer, den er in der ersten Nummer der Zeitschrift „Speyer“ veröffentlicht hat. Seine Aufsätze sind in der Zeitschrift „Speyer“ veröffentlicht worden, doch sind die Aufsätze in der Zeitschrift „Speyer“ veröffentlicht worden.

erwähnt, daß nach den bestehenden Vorschriften, eine Auslieferungsmöglichkeit nicht in Frage komme.  
Dann wird die Auslieferung über den Reichsrat fortgesetzt, und zwar erhält zunächst Herr Richter (Deutsche Volkspartei) das Wort. Herr Dr. Richter wendet sich sehr nachdrücklich gegen die geistigen Auslieferungen des Finanzministers, indem er die Möglichkeit, durch Monopole die Produktion zu erhöhen, bestritt, wie wir es auch getan haben. Auch daran, daß sich Post und Eisenbahn selbst tragen sollen, vermag Dr. Richter nicht zu glauben. Er bemängelt dann wie immer die sozialistische Art, wie heute in Deutschland veraltet wird, die Zahl der Beamten, ihre hohen Gehälter in den Kriegsjahren. Herr Dr. Richter hat berechnet, daß 92 Beamte allein 4 1/2 Millionen bekommen. Die Gehälter des Reichswohlstandes läßt er nicht der Zweck einer Steuererhöhung sein. Die Reichsbeamten würden armer, aber die Arme drum nicht reicher. Es sei auch unbedingt nötig, daß wir mit der Eisenbahn wegen der ungeheuren Kosten der Befahrung in Verhandlung treten. Wir hätten auch nicht 90 Jahre hindurch 3 Milliarden jährlich zahlen. Das sei eine phantastische Forderung.

### Letzte Meldungen.

Der 1. Mai.

Mailand, 27. April. (W.B.) Popolo d'Italia meldet, daß das Zentralkomitee der italienischen Eisenbahngewerkschaften in Bologna ein Rundschreiben an alle Sektionen ergangen ist, in welchem letztere aufgefordert werden, am 1. Mai den Verkehr auf allen Eisenbahnlinien vollständig einzustellen.

München, 27. April. (W.B.) In Nürnberg stellen die Reichssozialdemokraten einen Antrag, der im wesentlichen darauf hinausläuft, daß die Arbeiterschaft für den 1. Mai die Einführung des Sonntagsdienstes bei der städtischen Verwaltung und die Stilllegung alles dessen, was nicht unbedingt nötig ist, verlangt. Der Antrag wurde mit den Stimmen der beiden sozialistischen gegen die bürgerlichen Parteien zum Beschluß erhoben, bezugnehmend auf den Antrag bei der Kreisregierung, die Stilllegung der Mittelschulen zu verlangen.

Streikdrohung der französischen Bergarbeiter.  
Paris, 27. April. (W.B.) Die Gewerkschaft der Bergarbeiter hat gestern bestimmt, daß am 1. Mai die Bergarbeiter in den Ausnahmeständen treten, wenn die Kammer und Senat den Arbeitern der Schieferbergwerke nicht die gleichen Rechte wie den Bergarbeitern zugesichert haben werden. Das Blatt „Le Travail“, das diese Nachricht verbreitet, meint, diese Bewegung könne ihre Wirkung auch auf andere Berufsvereinigungen, nämlich auf die Eisenbahner haben.

Verteilung der Mandate des tschechischen Abgeordnetenhauses.  
Prag, 27. April. (W.B.) Von den 300 Mandaten des Abgeordnetenhauses besitzen: a) die tschechischen Parteien: Sozialdemokraten 74, republikanische Partei des Landes 28, Sozialisten 24, Volkspartei 33, sozialistisch-nationale und Bauernpartei 12, Nationaldemokraten in Verbindung mit der agrarischen Opposition 19, Gewerkschaften 6, Narodnicka Partei 3; b) die deutschen Parteien: Sozialdemokraten 31, Bund der Landwirte 11, Christlich-Soziale 10, deutsche Wohlfahrtsgemeinschaft 15, deutsch-demokratische Freiheitspartei 5; c) die magyarischen Parteien: Deutsch-Christlich-Soziale Partei 5, magyarisch-deutsche Sozialdemokratie 4, magyarische Arbeiter 1. Somit entfallen auf die tschechischen Parteien 190 Mandate, auf die deutschen Parteien 72 und auf die magyarischen Parteien 10.

Radtour Eisenbahner.  
TBO, Elberfeld, 25. April. In einer fortgeschrittenen Versammlung des Deutschen Eisenbahnerverbandes wurde beschlossen, am 1. Mai die Arbeit ruhen zu lassen. Einige Abnehmer traten für die Diffamierung des Proletariats ein. Ein Ausschluß, der den Standpunkt seiner Richtung darlegen wollte, wurde niedergeschrieben.

Noch immer Mäntelarbeiten.  
TBO, Elberfeld, 25. April. In Cronenberg wurden fünfzehn verlorene Mäntel aus dem Ruhrgebiet aufgefunden, die von Krimhild herübergekommen waren und sich während der Fahrt getrieben hatten.

Berlin, 27. April. (Von unv. Berl. Büro.) Bei der Verhaftung des Lichters des Reichsrichters des Major Wilsch handelt es sich um die Vernehmung des Anwaltspersonal, das sich auf dem Gut, Wilmshausen befand und deren Vernehmung in Steinhilber erfolgen konnte. Es ist allerdings auch eine Tochter des Majors Wilsch nach Steinhilber gebracht worden, jedoch nur aus dem Grunde, weil man das Kind nicht von seiner Erzieherin trennen und allein auf dem Gut lassen wollte.

Eine neue Geschichte der Universität Heidelberg, der ältesten Hochschule in Deutschland (1386 gegründet), will die Heidelberger Akademie der Wissenschaften herausgeben. Es soll ein umfangreiches, mehrbändiges Werk geben, dessen Vorbereitung Dr. Gerhard Ritter übertragen wurde. Das letztere größere Werk über die Ritters-Geschichte — von Hayn 1892 herausgegeben — ist längst veraltet.

### Aus dem Mannheimer Kunstleben.

Die neue Geschichte der Universität Heidelberg, der ältesten Hochschule in Deutschland (1386 gegründet), will die Heidelberger Akademie der Wissenschaften herausgeben. Es soll ein umfangreiches, mehrbändiges Werk geben, dessen Vorbereitung Dr. Gerhard Ritter übertragen wurde. Das letztere größere Werk über die Ritters-Geschichte — von Hayn 1892 herausgegeben — ist längst veraltet.

### Kleine Mitteilungen.

Unsere Reichsregierung. Zu der Frage, wie die von der Regierung eingesetzte Kommission zur Reform unserer Rechtsprechung ihre Aufgabe erfüllen möchte, macht der verdienstvolle Sachverständiger Friedrich Ruge in Freiburg in der neuen Nummer des „Rechtswissenschaftlichen“ (Herausgeber Dr. Ernst Heiborn, Berlin) Nr. 10, Berlin) sehr bemerkenswerte Ausführungen. Er ist grundsätzlich Anhänger einer Reform. Die Wichtigkeit von dieser, die die Durchführung zu verzögern, wäre keine Ehrentat vor der deutschen Bevölkerung, sondern eine Verneinung der berechtigten Forderungen der Gegenwart. Der Wandel an der Rechtsprechung ist ein wesentlicher Bestandteil der deutschen Rechtsprechung; sei bei unserer Rechtsprechung nicht zu erkennen. Ruge bedauert, daß wir nicht schon seit langem ein deutsches Sprachamt für das Reich hätten. Denn wäre leicht Klarheit geschaffen und der Freirechtler Untersuchungen ohne Verantwortung wäre nicht so aber auf uns einwirkend wie in den letzten Monaten. Die Frucht, daß eine neue Rechtsprechung und gewaltsam der Brauchweise trennen würde, liegt er nicht. Insbesondere weist er auf unsere Richter hin, die sich in einer Ordnung nicht abfinden werden, die durchaus abweichend von derjenigen, die sie selbst einst liebten. Eine phantastische Rechtsprechung mit ihrer unvollständigen Natur ist nicht nur ein Nachteil, sondern ein Hindernis für die Entwicklung der deutschen Rechtsprechung in Deutschland hin und her, daß die Rechtsprechung einen Ausweg finden kann den verschiedenen Forderungen unserer Gesellschaft zu entsprechen und zugleich ein Ausblick der Gegenwart mit der Verantwortung sein muß. Die Schrift kann immer nur ein Andeutung der Ausdehnung sein, die wir seine lebendige Einheitsrede, sondern in Deutschland ist die Ausdehnungsmöglichkeit. Eine historische Schrift, die es unrichtig macht, die Schrift der Gegenwart. Insbesondere ist es notwendig, die Schrift der Gegenwart.

### Wissenschaft.

Die sechsten erschienenen Doppelnummer 34 der Mannheimer Geschichtsblätter zeichnet sich in vieler Hinsicht aus. Aus den Mitteilungen des Altvereinvereins ist zu entnehmen, daß sich die Mitgliederzahl durch erfreulichen Zuwachs wieder auf rund 500 gesteigert hat. Es wäre zu wünschen, daß der Mitgliederstand durch Neubildung sich noch in dem Jahre die Zahl von 1000 erreicht. Das neue Heft der Geschichtsblätter enthält folgende Beiträge: einen lokalhistorischen, geschichtlich interessanten Aufsatz von Stadtschreiber Kurt Gattermann in Freiburg über das Schlossmannsche Haus am Markt, einen von Archivar Franz Hauser über die Geschichte der hiesigen, bisher ungenutzten, Kirche über die Forderung Speyers 1688, eine von Prof. Dr. Walter mitgeteilte Charakteristik der Kurfürstlichen Bibliothek in Speyer, die ihr Beibehalter Dr. Paul verfaßt hat, und einen Aufsatz von Landgerichtsrat Dr. Puffschmidt über die Geschichte des Landes in der Gegend von Speyer, den er in der ersten Nummer der Zeitschrift „Speyer“ veröffentlicht hat. Seine Aufsätze sind in der Zeitschrift „Speyer“ veröffentlicht worden, doch sind die Aufsätze in der Zeitschrift „Speyer“ veröffentlicht worden.







# Handelsblatt des Mannheimer General-Anzeiger

### Zur Festsetzung der neuen Eisenpreise.

r. Düsseldorf, 27. April. (Eig. Draht.) Bezüglich der vom Eisenwirtschaftsbund festgesetzten und bereits mitgeteilten neuen Verkaufspreise hören wir, daß sie im allgemeinen für alle Lieferungen ab 1. Mai Gültigkeit haben und auch für Geschäfte, die ab 15. April betätigt wurden und erst nach dem 1. Mai zur Ablieferung gelangen, gelten. Es sind aber Ausnahmen zugelassen, z. B. für ältere Geschäfte, die zu festen Preisen abgeschlossen wurden, um nicht allzu große Härten aufkommen zu lassen. Die genaueren Bedingungen werden deshalb festgesetzt. Bei einer oberflächlichen Betrachtung der neuen Preislisten kann leicht der Eindruck erweckt werden, als ob der neue Preis eine bedeutende Mehrerhöhung für die Werke darstelle. In Wirklichkeit bringen die neuen Preisbedingungen mit dem Wegfall der Devisenforderungen und der Beseitigung der Mitlieferung von Eisenschrott dem Werke Ausfall, welche die neuen Preise teilweise niedriger als bisher stellen.

### Neue Eisenhandelspreise.

r. Düsseldorf, 27. April. (Eig. Draht.) Die Festsetzung der Weiterverkaufspreise für den Handel erfolgte im Eisenwirtschaftsbund vorläufig derartig, daß der Händler auf die direkte Lieferung ab Werk einen Zuschlag bis zu 4% und Lieferung ab Lager einen Zuschlag bis zu 20% je nach Fabrikat auf seine Einkaufspreise zugebilligt erhält. Bei den Lagerverkäufen trägt der Händler selbstverständlich die Unkosten und die Umsatzsteuer.

### Erhöhung der Eisenausfuhrpreise.

r. Düsseldorf, 27. April. (Eig. Draht.) Der Deutsche Stahlbund hat mit sofortiger Wirkung seine Preise für die unmittelbare Ausfuhr wie folgt erhöht: Stabeisen nach Schweden, Finnland und Polen 500 schwedische Kronen (bisher 450 Kronen), nach Norwegen 500 Kronen (bisher 450 Kronen), nach Dänemark 625 Kronen (bisher 550 Kronen), nach Holland und den holländischen Kolonien 500 Gulden (bisher 450 Gulden) und nach der Schweiz 650 Schweizer Francs (bisher 550 Schweizer Francs). Eisenblech und Universalblech kostet nach Schweden, Finnland und Polen 575 Kronen (bisher 525 Kronen), nach Norwegen 625 Kronen (bisher 575 Kr.) nach Dänemark 700 Kronen (bisher 625 Kronen), nach Holland und den holländischen Kolonien 550 Gulden (bisher 500 Gulden) und nach der Schweiz 750 Schweizer Francs (bisher 650 Schweizer Francs). Alles pro Tonne ab Lager, und zwar für gewöhnliche Thomasqualität.

### Mannheimer Warenbörse.

Mannheim, 27. April. Auch an der heutigen Börse konnte keine größere Lebhaftigkeit festgedeutet werden. Die Zurückhaltung hält an.

In der Lebensmittelbranche blieb es weiter still. Hülsenfrüchte waren zu den am gestrigen Produktenmarkt (siehe Bericht) erhöhten Preisen zu kaufen. In Schmalz, Fett, Rauchfleisch, Schokolade, Kakao usw. lagen fast gar keine Angebote vor. Dagegen zeigte sich wieder Angebot in Rauhwaren, Geräucherter Makrelen-Büchlinge bei Großbezug 4.70  $\text{M}$  per Pfund, Seelachs sowie Lachsbringe 4.80 per Pfund ab Lager Hamburg. Offerten lagen vor in norw. Vollheringen in Fässern von etwa 400-700 Stück enthaltend zum Preise von 620  $\text{M}$  per Tonne, Rollmops und Bismarckheringe in 5 Pfund-Dosen netto bei Großbezug 26  $\text{M}$  ab Lager.

In der Schuhabteilung waren die Preise gut behauptet; die Verkäufer zeigten keine Neigung irgend welche Untergebote anzunehmen. Dadurch daß die in der Schuhfabriken beschäftigten Arbeiter mit einer neuen Lohnforderung von 75% an die Fabrikanlagen herangetreten sind, ist eher mit einem neuen Aufschlag zu rechnen. Auch sind die Lederpreise in den letzten Tagen wieder wesentlich stabiler geworden.

Chemikalien waren reichlich offeriert bei geringem Angebot. Kupfervitriol zu 10.80  $\text{M}$  ab Berlin und zu 12.70  $\text{M}$  ab Ludwigshafen angeboten. Spanisches Harz 15.50-16.50  $\text{M}$  mit Einfuhrerlaubnis. Leinöl, engl., 30  $\text{M}$  per kg ab Ludwigshafen, Klaubersalz kostete 165  $\text{M}$  ab Hamburg. Nachfrage bestand nach Barium chlorat, Naphtalin, ff. gem. Schwefel, Salmiakgeist und Harz. Auch nach pharmazeutischen Artikeln zeigte sich eine etwas bessere Nachfrage.

In Textilwaren herrschte ruhiger Verkehr, Angeboten waren hier Strickwolle und Segeltuch-Schürzen.

In der Abteilung für Verschiedenes zeigte sich ein sehr kleiner Besuch, und dementsprechend war auch der Verkehr ganz gering.

## Börsenberichte.

### Frankfurter Wertpapierbörse.

Frankfurt, 27. April. (Draht.) Die Börse setzte ihre bereits an der gestrigen Abendbörse eingetretene Rückwärtsbewegung weiter fort. Bei allgemein starker Zurückhaltung lag der Motanaktienmarkt schwach und zum Teil gedrückt. Die Entwicklung der Mark-Yaluta sowie die stärker hervortretende Realisationsneigung sind die Ursachen der Rückgänge. Montanpapiere gehörten zu den Werten, welche stärker darunter litten. Es waren Kursverluste von 5-10% zu bemerken. Bei Phoenix betrug der Verlust 9%, bei Mannesmann 12%, Adlerwerke Kleyer büßten 5% Benz 10% ein. Elektro-Deutsch-See stellten sich unter dem Einfluß starker Abgaben 25% niedriger. Felten u. Guilleaume lagen matt. Elektr. Licht und Kraft verloren 9%. Badische Anilin verkehrten ebenfalls niedriger, mit 518 einsetzend, verloren sie 13%. Hölzerkohlung, Silberhütte Braunschweig und Scheideanstalt lagen besonders schwach. Schiff-fahrtsaktien, die an den Vortagen stärker gekauft wurden, standen im Angebot, besonders Nordd. Lloyd, Hapag verloren ca. 5%. Schantungbahn gaben 10% nach. Auch Lombarden büßten 1% ein. Canada notierten 920, minus 30%. Schwankungen unterlagen Deutsche Petroleum, 693 eröffnend, gaben sie bis 682 nach, um sich dann wieder etwas zu erholen. Aeußerst geringes Geschäft war in Kolonialpapieren. Südsee-phosphat 2300, minus 120, Julius Schickl 1400-1300 kennant. Mexikanische Anleihen standen ebenfalls unter Kursdruck, besonders 5% Goldmexikaner, 5% Rumänier, sowie Anatolische Prioritäten lagen matt. Unter den Industriepapieren standen Zellstoff Aschaffenburg, Spinnerei Ettlingen, Zementwerk Heidelberg, Verein Deutscher Oelfabriken und Lederfabrik St. Ingbert im Angebot. Darmstädter Bank schwächten sich 756 ab, Metallbank niedriger. Die Börse schloß auf Rückkäufe erhöht. Privatdiskont 4%.

### Berliner Wertpapierbörse.

w. Berlin, 27. April. (Draht.) In Nachwirkung der gestrigen Abschwächung und im Zusammenhang mit den überaus ernsten Darlegungen von Regierung und Wirtschaft über unsere Finanz- und Wirtschaftslage in der gestrigen Nationalversammlung sowie infolge stärkeren Angebots bei weichenden Kursen in ausländischen Devisen erfolgten bei Eröffnung der Börse zahlreiche Positionslösungen. Naturgemäß erlitten die Valutawerte zunächst die größten Einbußen, und zwar bis zu 40%. Besonders kräftig waren sie auch für Kolonial- und Petroleumwerte, die 50-70%, bei einzelnen schweren Kolonialwerten bis zu 200% und darüber betrugen. Am Schiffahrts-, Farb-, Elektro-, Montan- und Kallmarkt erreichten sie in der Regel 10%. Für einige Werte wie für Deutsche Waffen und Rheinmetall sogar 20%, und für Aschersleben und Westergeln 30-40%. Nach dem ersten Kursnotierungen ließ das Angebot nach, und bei dem leichten Anrücken der Devisenpreise erfolgten

Deckungen und Rückkäufe, sodaß Kursrückholungen zu verzeichnen waren, die allerdings späterhin nicht überall von Bestand waren. Widerstandsfähiger, besonders angesichts der allgemeinen Ermattung, zeigten sich bei geringeren Preisniveaus Bankaktien. Deutsche Kolonialanleihe erfuhren schließlich eine Erhöhung von 7200 auf 8000  $\text{M}$ , angeblich auf das Zustandekommen des Verkaufs dieser Gesellschaft. Der Anlagemarkt war wiederum still und wenig verändert. Das Geschäft bewegte sich während des ganzen Börsenverlaufes in überaus engen Grenzen.

### Kurse der Frankfurter Börse.

Festverzinsliche Werte

a) Mannheimer.		b) Deutsche.		c) Ausländische.	
3% Stadt Mannheim v. 1914	100.00	3% Deutsche Reichs-Anl. v. 1914	100.00	3% Belg. Anl. v. 1913	100.00
3% Stadt Mannheim v. 1911	100.00	3% Deutsche Reichs-Anl. v. 1911	100.00	3% Belg. Anl. v. 1911	100.00
3% Stadt Mannheim v. 1908	100.00	3% Deutsche Reichs-Anl. v. 1908	100.00	3% Belg. Anl. v. 1908	100.00
3% Stadt Mannheim v. 1905	100.00	3% Deutsche Reichs-Anl. v. 1905	100.00	3% Belg. Anl. v. 1905	100.00
3% Stadt Mannheim v. 1902	100.00	3% Deutsche Reichs-Anl. v. 1902	100.00	3% Belg. Anl. v. 1902	100.00

### Bank- und Industriepapiere.

Bank für Sozialwesen	100.00	Bank für Sozialwesen	100.00
Bank für Sozialwesen	100.00	Bank für Sozialwesen	100.00
Bank für Sozialwesen	100.00	Bank für Sozialwesen	100.00
Bank für Sozialwesen	100.00	Bank für Sozialwesen	100.00
Bank für Sozialwesen	100.00	Bank für Sozialwesen	100.00

### Frankfurter Devisenmarkt vom 27. April.

Antwerpen	267.00	Norwegen	1185.25
Holland	2122.50	Schweden	1245.50
London	223.70	Helsingfors	359.50
Paris	1033.75	New York	55.12
Schweiz	1033.75	Wien alte	28.45
Spanien	1001.75	Oesterreich	28.45
Italien	249.50	Budapest	91.51
Lissabon	980.00	Prag	92.50
Dänemark	980.00		

### Frankfurter Notemarkt.

Frankfurt, 27. April. (Eig. Draht.) Notemarkt Amerikan. Noten 50.90-50.60, belgische 354.50-357.50, dänische —, englische 225.05-226.35, französische 339-342, holländische 2113.50 bis 2116.50, italienische 218.50-220.50, österr. abg. 27.25-27.30, österr. alte —, rumänische —, spanische —, schweizerische —, schwedische —, tschecho-slow. 88.75-89.25, Ungarn —, Tendenz: bei ruhigem Verkehr vorwiegend schwach.

### Kurse der Berliner Börse.

Festverzinsliche Werte

3% Reichs-Anl. v. 1914	100.00	3% Reichs-Anl. v. 1914	100.00
3% Reichs-Anl. v. 1911	100.00	3% Reichs-Anl. v. 1911	100.00
3% Reichs-Anl. v. 1908	100.00	3% Reichs-Anl. v. 1908	100.00
3% Reichs-Anl. v. 1905	100.00	3% Reichs-Anl. v. 1905	100.00
3% Reichs-Anl. v. 1902	100.00	3% Reichs-Anl. v. 1902	100.00

### Bank- und Industriepapiere.

Bank für Sozialwesen	100.00	Bank für Sozialwesen	100.00
Bank für Sozialwesen	100.00	Bank für Sozialwesen	100.00
Bank für Sozialwesen	100.00	Bank für Sozialwesen	100.00
Bank für Sozialwesen	100.00	Bank für Sozialwesen	100.00
Bank für Sozialwesen	100.00	Bank für Sozialwesen	100.00

### Valutapapiere.

Bank für Sozialwesen	100.00	Bank für Sozialwesen	100.00
Bank für Sozialwesen	100.00	Bank für Sozialwesen	100.00
Bank für Sozialwesen	100.00	Bank für Sozialwesen	100.00
Bank für Sozialwesen	100.00	Bank für Sozialwesen	100.00
Bank für Sozialwesen	100.00	Bank für Sozialwesen	100.00

### Berliner Produktenmarkt.

Berlin, 27. April. (Draht.) Am Hafermarkt hielt auch heute die bereits gestern schon zu beobachten gewesene festere Stimmung vor. Es zeigte sich besonders von Westdeutschland Kaufkraft, namentlich wurde prompte Ware gekauft, die vereinzelt mit 145 bis 150  $\text{M}$ . gehandelt wurde. Die Verkäufer hielten angesichts der stärkeren Nachfrage ihrerseits mit dem Angebot zurück. In Hülsenfrüchten hat sich dagegen die Lage wenig verändert. Die mit Ware mehr als genügend eingedeckten Kommunen wünschen eher diese los zu werden, als neue zu kaufen. Bei weiter stark nachgebenden Preisen waren Heu und Stroh kaum zu verkaufen. — Amtliche Hafernotierungen: Loko ab Bahn —, spätere Lieferungen 3080-3000, Tendenz befestigt.

### Amtliche Devisenkurse.

Für je 100 der Landeswährung in Mark.

Für drahtliche Auszahlungen	Minnparität	Höchstblat. G.	26. April	27. April
Amsterdam-Rotterdam	169.75	4196	2162.75	2167.25
Brüssel-Antwerpen	81	738.75	304.00	308.40
Christiana	112.50	1541	1148.75	1151.25
Kopenhagen	112.50	1093	1030	1011
Stockholm	112.50	1093	1255.75	1261.25
Heilngfors	81	451.50	322.15	328.85
Italien	81	384.40	349.75	353.25
London	20.45	357.63	336.75	337.25
New York	4.20	103.65	57.93	58.10
Paris	81	709.30	342.10	342.00
Schweiz	81	1793	1033.75	1041.25
Spanien	81	1845	930	931
Wien alte	85	—	17.98	18.02
Wien abgest.	85	—	28.22	28.28
Prag	85	101.15	91.90	93.10
Bulgarien	85	—	20.97	21.03
Konstantinopel	19-20	—	—	—

### Wirtschaftliche Rundschau.

Eil- und Expressverkehr mit „verderblichen“ Waren.

w. Karlsruhe, 26. April. Die Generaldirektion der Badischen Staatseisenbahnen teilt mit: An Sonn- und gesetzlichen Feiertagen wird mit sofortiger Wirkung die Zuführung von Eil- und Expressgütern bis auf weiteres auf verderbliche Waren beschränkt. Da auf den Eisenbahnpakettadressen der Inhalt der Expressgüter nicht angegeben ist, empfiehlt es sich, bei Expressaufsendungen mit verderblichem Inhalt die Eisenbahn-paketadresse mit der Aufschrift „Verderblich“ zu versehen. Den Empfängern anderer Eil- und Expressaufsendungen bleibt es überlassen, ihre Güter an Sonn- und gesetzlichen Feiertagen am Packhof selbst abzuholen.

### Vereinsbank Weinheim e. G. m. b. H.

Aus dem nunmehr vorliegenden Jahresbericht sei in Ergänzung zu dem bereits gemeldeten Abschlußjahresbericht folgendes mitgeteilt: Das abgelaufene 53. Geschäftsjahr brachte erhöhte Geschäftstätigkeit und eine günstige Weiterentwicklung. Der Gesamtumsatz hat 348.252.008  $\text{M}$  erreicht. Der Erhöhung des Umsatzes geht eine entsprechende Steigerung des Reingewinns nicht ganz über. Derselbe beträgt 106.051  $\text{M}$  und gestattet die Verteilung einer Dividende von 6% trotz der stark gestiegenen Unkosten sowie erheblicher Abschreibungen auf Kriegsanleihen, die nur mit dem letzten Kurswert zu Buch stehen. Die Aufwendung an Steuern hat 30.227.32  $\text{M}$  gegen 13.302  $\text{M}$  im Vorjahr betragen. Angesichts dieser Verhältnisse der dauernden Steigerung der Unkosten und Steuern ist eine Erhöhung der Zins- und Gebührensätze kaum zu vermeiden. — Die Spar-einlagen sind von 3.025.828  $\text{M}$  auf 3.358.486  $\text{M}$ , die Einlagen von 2.021.973  $\text{M}$  auf 3.104.736  $\text{M}$  und die Scheck-Einlagen von 686.298  $\text{M}$  auf 2.397.924  $\text{M}$  gestiegen. — Generalversammlung am 2. Mai. Der eingeführte Depotzwang hat eine Fülle von Arbeit gebracht.

### Speyerer Volksbank e. G. m. b. H., Speyer.

Der Gesamtumsatz im Jahre 1919 erreichte die Summe von rund 631 Mill.  $\text{M}$ . Die Geldzuflüsse hielten an, wodurch die Bilanzsumme auf 18 Mill.  $\text{M}$  gestiegen ist. Der Reingewinn weist einschließlich des Vortrages die Summe von 128.800  $\text{M}$  auf, sodaß wie gewohnt 6% Dividende zur Verteilung gelangen. Den Rücklagen werden 8.000  $\text{M}$  zugewiesen und auf neue Rechnung 25.200  $\text{M}$  vorgetragen. Die Gesamtrücklagen erreichen dadurch die Höhe von rund 650.000  $\text{M}$ . Der Generalversammlung wurden einige Statutenänderungen vorgezschlagen, insbesondere die Zulassung eines zweiten Geschäftsteils für jedes Mitglied. Dadurch wird den Mitgliedern Gelegenheit geboten, sich mit 1200  $\text{M}$  anstatt wie bisher mit 600  $\text{M}$  an der Genossenschaft zu beteiligen. Die Vorlage fanden die eine mit der Zustimmung der Generalversammlung, mit Ausnahme der Statutenänderung über die eine außerordentliche Generalversammlung beschließen soll.

## Neueste Drahtberichte.

### Berlin, 27. April. (Von uns. Berl. Büro.)

Der Berliner Börsenvorstand dürfte in seiner heutigen Sitzung den Beschluß fassen, die Börse am 1. Mai in Anbetracht der fehlenden Verkehrsmittel geschlossen zu halten. Ebenso wird der Pfingsttag als Börsenfeiertag erklärt werden.

### Metalloversteigerung.

Berlin, 27. April. (Eig. Draht.) Die Kriegsmetall-A.G. in Hamburg bringt am 14. Mai in Hamburg große Mengen Metall und Almetall zum öffentlichen Verkauf. Die Metalle lagern zum großen Teil in Hamburg, der Rest in Leipzig. Unter diesen Metallen befinden sich sehr große Mengen Kupfer.

### Niedergang am Holzmarkt.

Berlin, 27. April. (Eig. Draht.) Der Niedergang am Holzmarkt hat noch nicht sein Ende gefunden, sondern es wurden aus den verschiedensten deutschen Bezirken erhebliche Preisstärkungen gemeldet. So erfahren wir aus Dessau, daß bei der gestrigen Auktion für den Raummetre Eichenholz 217  $\text{M}$ . gegen 1000  $\text{M}$ . vor wenigen Wochen bezahlt wurde.

### Internationale Schifffahrtsratverhandlungen.

Amsterdam, 27. April. Die Times melden aus New York: In einer zweitägigen Konferenz zwischen den Vertretern des amerikanischen, englischer und japanischer Schifffahrtsverträge wurde die Festsetzung von Ozeanarifen für alle amerikanischen Häfen, die mit Europa verkehren, grundsätzlich beschlossen. Die Tarife werden in einer späteren Konferenz festgesetzt werden. Am 3. Mai findet eine Zusammenkunft zwischen Vertretern amerikanischer, englischer und japanischer Schifffahrtsgesellschaften statt, um die Tarife für die Häfen des fernen Ostens festzusetzen.

## Waren und Märkte.

### Mannheimer Produktenbörse.

Mannheim, 26. April. (Eig. Bericht.) Auch hier war die Stimmung während des Verlaufs der letzten Woche vorwiegend matt. Abgesehen von den ersten Tagen in der richtswoche, war die Preisbewegung nach unten gerichtet. Die Unternehmenslust wurde durch die für das Wachstum der Pflanzen günstigen Witterungsverhältnisse ungünstig einfließt. Kaufkraft war keine vorhanden. Für Hafer verlangten am Anfang der Woche 160  $\text{M}$ . dann stieg der Preis bis auf 170  $\text{M}$ . gab dann neuerdings wieder nach und stabilisierte sich am Samstag auf etwa 145-150  $\text{M}$ . am gestrigen Montagmarkt war indes eine noch schärfere, nach unten gerichtete Preisbewegung festzustellen; es zeigte sich ein starkes Angebot, während die Käufer sich sozusagen vom Markt zurückzogen. Unter diesem Einfluß gingen die Preise für Hafer bis auf etwa 130  $\text{M}$ . zurück, doch ist hier noch zu erwähnen, daß die Verkäufer bei eventuellen Geboten auch noch unter diesen genannten Preisen sich zum Verkauf hätten bewegen lassen. Die matte Haltung am Hafermarkt dürfte natürlich auch auf die Stimmung für Haferfabrikate nicht ohne Einfluß sein.



Stimmen aus dem Publikum.

Einiges Reden für Alle!

Die Erhöhung des Straßenbahntarifs hat die Mehrheit der Mannheimer Bürger abgelehnt. Nicht aber die Straßenbahnbaher...

Die Straßenbahn ist ein Verkehrsmittel der Allgemeinheit und das Publikum hat das größte Interesse daran, daß die Fahrpreise in...

Schon seit längerer Zeit bestehen die Schmierfaktoren, unter denen Lehrer und Schüler der Gewerbeschule zu leiden haben...

es doch allerhöchste Zeit, daß sich einmal die Öffentlichkeit und die maßgebenden Instanzen mit dieser Sachlage befassen...

Auch der Umstand rührt mich heute bitter, daß man nicht schon in den Forderungen rechtseitig dafür sorgt, daß in der großen...

7 Uhr morgens bis 10 Uhr abends zu unterrichten hätten. Auf diese vollkommenen Unterrichtsbedingungen...

Gerichtszeitung.

Konstanz, 27. April. Mit dem Markdorfer Nord hat sich das Schwurgericht in seiner Freisitzung befaßt...

Hauptverhandlung: Dr. Fritz Goldenbaum. Verantwortlich für Inhalt: Dr. Fritz Goldenbaum...

RHENANIA Rheinschiffahrtskonzern Massentransporte von und nach allen Nordseehäfen, Rheinstationen usw. Spedition :: Schifffahrt :: Lagerung

Handels-Hochschule Mannheim. Mittwoch, den 25. April d. J. beginnen folgende Vorlesungen und Übungen

Donnerstag, den 26. April d. J. beginnen folgende Vorlesungen u. Übungen

Amtliche Bekanntmachungen Die Regelung des Fuhrwerksverkehrs während der Ferien...

Amtliche Veröffentlichungen der Stadtgemeinde. Die vom Bürgerausschuß am 12. März 1920 genehmigte...

Erdal Schuhputz ist ohne Frage ein Glanzpunkt dieser irriben Tage

Wallerbergriftung. Das Fintenergebnis für 1920 ist demnach zu verzeichnen...

Die glückliche Geburt eines prächtigen Sonntagsgüngers

Haut-, Harn-, Syphilis-Fragenleiden (ohne Quecksilber, ohne Einspritzung, ohne Urin-Untersuchungen)

Größere Firma sucht ein gut eingeführtes Unternehmen der Speditionsbranche

Eberhard Meyer Inhaber: 533

Selbstgreifer neuester Konstruktion sofort ab Lager lieferbar

Achtung! Wein-Flaschen 4000 Mark

MARCHIVUM



